Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 334 Donnerstag, 24. November 1932

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

# Vor der Entscheidung des Reichspräsidenten

## Schriftliche Antwort an Adolf Hitler

**Berlin, 24. Nov. Wie wir erfahren, ist die Entscheidung des Reichspräsidenten dahin gefallen, daß die Antwort an Adolf Hitler schriftlich erfolgen soll. In politischen Kreisen wird erwartet, daß die Antwort im Laufe des späteren Nachmittages übergeben wird, und zwar in der Form eines Schreibens des Staatssekretärs Dr. Meißner, da auch das gestrige Schreiben Hitlers an den Staatssekretär des Reichspräsidenten gerichtet war.**

In der Umgebung des Reichspräsidenten weist man darauf hin, daß Hitler dem Versuch, ein Kabinett mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden, ausgewichen sei, während anderseits der Vorschlag Hitlers starke Schwierigkeiten in sich trage. Hitler soll vorgeschlagen haben, der Reichspräsident solle ein Kabinett mit Hitler an der Spitze ernennen, und zwar ohne die Parteien vorher zu befragen. In dieses Kabinett sollte dann eine Reihe von prominenten Führern der Parteien von vornherein mit einbezogen werden. Das Kabinett würde dann von selbst eine Mehrheit im Reichstage finden. Dieser Vorschlag erscheint in diesen Kreisen

**nicht als durchführbar, weil der Präsident bekanntlich schon erklärt hat, er könne Hitler nicht an die Spitze eines Präsidialkabinettes stellen,**

und weil die Parteien es nicht gestatten würden, daß wirklich maßgebende Führer in dieses Kabinett einträten, ohne daß die Parteien vorher gefragt würden. Die Verhandlungen mit den Parteien seien also auf keinen Fall zu umgehen.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der gesamte Schriftwechsel zwischen Hindenburg und Hitler alsbald nach Abschluß der Krisentage veröffentlicht werden soll.

Da in der Berliner Morgenpresse erneut davon die Rede ist, daß der Herzog von Koburg gestern vom Reichspräsidenten empfangen worden sei beziehungsweise einen Besuch im Büro des Reichspräsidenten abgestattet habe, wird von zuständiger Stelle erneut mit allem Nachdruck erklärt, daß der Herzog von Koburg in keiner Weise in irgendeine Verbindung weder mit dem Reichspräsidenten noch mit Staatssekretär Meißner noch mit Oberst v. Hindenburg getreten ist.

### Eine Erklärung der Nationalsozialisten

**Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung**

**Berlin, 24. Nov.** Die Mitteilung, daß die einschränkenden Vorbehalte des Reichspräsidenten bei dem Auftrag an Adolf Hitler zum Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung von den Parteiführern in den Einzelbesprechungen mit dem Reichspräsidenten bereits zugestanden worden seien, bezeichnet das Berliner Organ der NSDAP., der „Angriff", als unzutreffend. Das Blatt schreibt: „Wie unsinnig diese Behauptung ist, erhellt schon daraus, daß dann ein Auftrag an Hitler, diese Einigung herbeizuführen, ja überflüssig und sinnlos gewesen wäre. Zudem ist es ja auch geradezu absurd, sich vorzustellen, daß etwa die Bayrische Volkspartei sich in Bausch und Bogen mit einer Verewigung der gegenwärtigen Ausschaltung Preußens oder seiner Verreichlichung einverstanden erklärt hätte, oder daß etwa das Zentrum dazu Ja und Amen gesagt hätte, daß mit Artikel 48 in alle Ewigkeit nach Belieben regiert werden könnte. Diese Behauptungen werden schon durch die Pressestimmen dieser Parteien am besten widerlegt. Ebenso unsinnig ist die Behauptung, Hitler habe sich anfangs anheischig gemacht, eine parlamentarische Mehrheitsbildung unter den Bedingungen des Reichspräsidenten herbeizuführen. In der ersten Unterredung war ja bekanntlich von den Bedingungen überhaupt noch nicht die Rede gewesen. Es ist bedauerlich, daß diesen Quertreibereien noch immer kein Ende gemacht worden ist. Wir hoffen, daß nunmehr vor dem großzügigen, nur die Interessen des Volkes und die Rettung des Vaterlandes im Auge habenden Angebot Adolf Hitlers alle kleinlichen Quertreibereien und Schwätzereien schweigen werden."

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Die heute gebrachten Meldungen, wonach Adolf Hitler dem Herrn Reichspräsidenten die Bildung eines Präsidialkabinetts als Minderheitskabinett auf der Basis der Harzburger Front vorgeschlagen habe unter Ausschluß anderer politischer Gruppen, die sich für eine nationale Konzentration zur Verfügung stellen, sind falsch und beabsichtigen, eine wirkliche nationale Konzentration zu hintertreiben.

## Der Kampf um die Kriegsschuldenfrage

### Eine neue englische Note

**London, 24. November.** Nachdem die amerikanische Antwort auf das englische Gesuch zur Stundung der am 15. Dezember fälligen Kriegsschuldenzahlungen in den späten Abendstunden des Mittwochs in London eingegangen war, fanden sofort Besprechungen zwischen dem Schatzkanzler und Beamten des Schatzministeriums statt. Englische Regierungskreise sind der Auffassung, daß noch immer die Möglichkeit für ein Moratorium besteht. Die englische Regierung wird

**baldmöglichst eine neue Note an Amerika absenden,**

in der die Gründe für das englische Gesuch angegeben werden. In ihr soll auf die Störungen hingewiesen werden, die durch die Schwankungen der Währungen und durch die Erschütterung des Vertrauens entstehen, das soeben erst eine kleine Stärkung durch das Lausanner Reparationsabkommen erfahren hatte. England stimmt mit der amerikanischen Regierung dahin überein, daß jeder Schuldnerstaat für sich die Verhandlungen mit Amerika führen soll, was jedoch nicht ausschließt, daß sich die Schuldnerstaaten gegenseitig von ihrem Schritt unterrichten.

### London schwer enttäuscht

**London, 24. Nov.** In einem Leitartikel über die Kriegsschuldenfrage spricht sich die „Times" pessimistisch über die Moratoriumsaussichten aus, weil die letzte Entscheidung doch wohl beim amerikanischen Kongreß liege.

**Sollte Amerika auf der Zahlung vom 15. Dezember bestehen, so werde England jedenfalls zahlen. Irgendein anderer Weg wäre mit den englischen Ueberlieferungen und der Achtung vor der Heiligkeit der Verträge nicht vereinbar.**

Hoovers Forderung bedeute, daß England zum 15. Dezember rund 20 Millionen Pfund bereitstellen muß, was etwa einer Erhöhung der Einkommensteuer um 50 Pfennig je 20 Schilling Einkommen gleichkommen würde. Viel ernster würden noch die Auswirkungen auf den internationalen Handel und die internationale Währung sein.

**Das Pfund würde sinken,**

so daß England weniger von Amerika kaufen könnte. Am ernstesten würden die Rückwirkungen auf das Lausanner Abkommen und auf die Aussichten für die Weltwirtschaftskonferenz sein. Der störende Faktor der Reparationen werde in den verwickelten Beziehungen zwischen den europäischen Mächten wieder erscheinen. Die ganze politische, finanzielle und wirtschaftliche Lage werde sich schwieriger gestalten.

„Financial News" weist auf die Befürchtungen der City hin, daß eine Wiederaufnahme der Zahlungen die schlechte Verteilung des Goldes noch weiter verschlimmern würde. — „Daily Expreß" nennt Amerikas Bestehen auf die am 15. Dezember fälligen Zahlungen

**das amerikanische Weihnachtsgeschenk an die Welt.**

„Daily Herald" glaubt, daß die amerikanische Ablehnung ein Ueberbordgehen des Lausanner Abkommens bedeute. Dies würde für Deutschland eine Rückkehr zu der katastrophalen Finanzlage bedeuten. Die Erklärung Hoovers sollte eine Warnung für die europäischen Staaten sein, endlich in Genf zu einer wirksamen Abrüstung zu schreiten.

### Warnungen aus Paris

**Paris, 24. Nov.** Zu der amerikanischen Ablehnung der Moratoriumsgesuche schreibt „Journal", wenn auch die Entscheidung des Präsidenten Hoover nicht völlig unerwartet gewesen sei, werde sie doch in Europa eine sehr lebhafte Enttäuschung auslösen. Das Vertrauen, das in Lausanne aus der moralischen Gewißheit entstand, daß die Lasten, die sich aus den Regierungszahlungen ergeben, endlich zu Ende seien, erhalte einen schweren Schlag. Selbstverständlich könne wenigstens für den Augenblick von einer Ratifizierung der Lausanner Abkommen nicht mehr die Rede sein. Auch die Bemühungen der Stresakonferenz seien vergeblich. Die Weltwirtschaftskonferenz könne als auf unbestimmte Zeit verschoben angesehen werden. Von den Rückwirkungen auf den Sterlingkurs brauche man wohl nicht zu sprechen. Der Washingtoner Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" drahtet seinem Blatt, daß man vor Ablauf der Regierungszeit Hoovers überhaupt nichts von Amerika erwarten dürfe. Das Schlimmste, was Frankreich passieren könne und was die französischen Interessen in Amerika endgültig kompromittieren würde, sei die Zahlungsverweigerung am 15. Dezember.

### Zur Präsidentenwahl im Sächsischen Landtag

Gestern haben im Landtagsgebäude Besprechungen von bürgerlichen Parteien stattgefunden, die zum Ziele hatten, eine Zweckgemeinschaft für die Wahl eines bürgerlichen Präsidenten zu bilden. Es nahmen daran teil die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Christlichsozialen, die Volksnationalen und Abg. Dr. Dankmeyer. Eine Vereinbarung über ein einheitliches Vorgehen ist leider nicht zustande gekommen, da die Staatspartei sich für die Wiederwahl des Sozialdemokraten Weckel erklärte. Wenn Weckel auch nicht im ersten Wahlgange der heutigen Sitzung gewählt werden wird, so dürfte er doch im zweiten Wahlgange eine Mehrheit auf sich vereinigen. Als erster Vizepräsident dürfte ebenfalls der Staatsparteiler Breitschneider wiedergewählt werden, während die Besetzung des zweiten Vizepräsidentenpostens, den jetzt der Volksnationale Lasse innehat, noch ungewiß ist.

### Hirtsiefer vor dem Staatsrat

**Berlin, 24. Nov.** Der preußische Staatsrat trat am Donnerstag wieder zu einem Tagungsabschnitt zusammen. Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer nahmen auch die Minister Dr. Schreiber, Dr. Schmidt und Dr. Grimme sowie die Ministerialdirektoren Dr. Brecht und Dr. Badt an der Sitzung teil. — Präsident Dr. Adenauer eröffnete die Sitzung mit einer Beratung über die Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Verfassungskonflikt Preußen gegen Reich und die damit verbundenen Gegenstände, namentlich die Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November. Dazu hat der Verfassungsausschuß des Staatsrates eine Entschließung gefaßt, in der u. a. eine neue Klage beim Staatsgerichtshof gefordert wird. Zunächst berichtete über die Verhandlungen des Ausschusses Dr. Langemak (Arbeitsgemeinschaft). In anderthalbstündigen Ausführungen erwähnte der Berichterstatter u. a., es sei noch eine Ergänzung des vom Verfassungsausschuß vorgelegten Antrages dahin zur Annahme empfohlen, daß der Präsident des Staatsrates ermächtigt werde, im Benehmen mit dem Verfassungsausschuß das Weitere hinsichtlich der Klage vor dem Staatsgerichtshof zu veranlassen. — Nach dem Berichterstatter nahm

**der stellvertretende Ministerpräsident Hirtsiefer**

das Wort, um auf das bestimmteste die Forderung der Staatsregierung zu wiederholen, daß die Verordnung vom 20. Juli nunmehr endgültig aufgehoben werde; nachdem ihre wesentlichsten Teile durch den Leipziger Urteilsspruch als verfassungswidrig erklärt worden seien. Zum mindesten müsse durch eine Abänderung dem Urteil des Staatsgerichtshofes Rechnung getragen werden. Leider sei das bis jetzt nicht geschehen, obgleich die Reichsregierung doch inzwischen erkannt haben müsse, wie falsch der Ausgangspunkt der Verordnung sei und wie sie dadurch einem tatsächlichen und rechtlichen Irrtum zum Opfer gefallen sei. Hirtsiefer begrüßte den Antrag des Verfassungsausschusses, der den gleichen Standpunkt einnehme wie die Staatsregierung. Im Landtag werde er ausführlich auf den Verfassungsstreit eingehen. — An die Erklärung des Ministers schloß sich eine Aussprache.

### Die Deutschnationalen fordern Entschuldigung Hinklers

**Berlin, 24. Nov.** Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag hat an Präsident Kerrl wegen des bekannten Zusammenstoßes im Hauptausschuß ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen das Verhalten des Abg. Hinkler mit aller Entschiedenheit verwahrt, das den parlamentarischen Formen nicht entspreche. Er bitte den Präsidenten, zu veranlassen, daß der Abgeordnete Hinkler sich schriftlich sofort und mündlich bei der nächsten Ausschußsitzung bei den angegriffenen deutschnationalen Abgeordneten Ebersbach und Borck entschuldige, da die Mitglieder der deutschnationalen Fraktion andernfalls gezwungen sein würden, sich an den Verhandlungen des Hauptausschusses nicht mehr zu beteiligen.

### Ein Reichsbannermann zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

**Gladbach-Rheydt, 24. Nov.** Vor dem Sondergericht Gladbach hatte sich gestern der Reichsbannermann Klein zu verantworten, der bei einem Ueberfall auf Nationalsozialisten als einziger von den Angreifern gestellt worden war. Der Ueberfall hat sich zwei Tage nach Erlaß der Terrornotverordnung ereignet. Klein war mit einigen Nationalsozialisten in einen Wortwechsel geraten, der dazu führte, daß Bewohner der benachbarten Kolonie ein Steinbombardement auf die Nationalsozialisten eröffneten. Klein selbst hatte den Gegnern einige Stockhiebe versetzt. Damit war der Tatbestand der Zusammenrottung zwecks Vornahme von Gewalttätigkeiten erfüllt, und das Gericht mußte nach den Bestimmungen der Notverordnung die Mindeststrafe von zehn Jahren Zuchthaus verhängen. Das Gericht will ein Gnadengesuch befürworten.